

Michaelis, Alfred

Article — Digitized Version

Wachsende Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Michaelis, Alfred (1967) : Wachsende Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 8, pp. 415-420

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133750>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wachsende Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern

Prof. Dr. Alfred Michaelis, New York *)

Ein im vergangenen Jahr vom UN-Generalsekretär verfaßter Zwischenbericht über die Ergebnisse der ersten Hälfte des „Jahrzehnts der Entwicklung“ zeigt ein düsteres Bild: Hungersnot und Epidemien gehören keineswegs der Vergangenheit an, sondern suchen die Menschheit immer wieder heim; in einigen Fällen haben sie bereits ein kritisches Ausmaß erreicht. Die Nahrungsmittelerzeugung bleibt in den Entwicklungsgebieten hinter dem Bevölkerungswachstum zurück. Die Kontrolle ansteckender Krankheiten ist nicht so wirkungsvoll, wie sie sein könnte und sollte. Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich, anstatt sich zu beschleunigen. Der Devisenmangel hemmt die Durchführung von Entwicklungsplänen und wichtigen Projekten. Für die Entwicklungsländer, die hauptsächlich Rohstoffe exportieren, trat keine Verbesserung der terms of trade ein; im Gegenteil, diese Relation verschlechterte sich weiterhin. Die vom Ausland, d. h. von den industriell entwickelten Ländern gewährte finanzielle Hilfe scheint abzunehmen. Ein wachsender Prozentsatz der Exporterlöse der Entwicklungsländer wird durch den anschwellenden Auslandsschuldendienst absorbiert. Alles in allem sind die Aussichten für eine Verwirklichung der Ziele des „Jahrzehnts der Entwicklung“ im Laufe der Zeit geringer geworden.

ZIELE DES JAHRZEHNTS DER ENTWICKLUNG

Die Resolution, die das gegenwärtige Jahrzehnt als „Jahrzehnt der Entwicklung“ bezeichnet, wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 19. 12. 1961 verabschiedet und stellt zwei konkrete Ziele auf: eine jährliche Mindest-Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts der Entwicklungsländer von 5% bis zum Ende des Jahrzehnts und eine jährliche Übertragung von Entwicklungskapital durch die entwickelten Länder in Höhe von 1% ihres Bruttosozialprodukts. Bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs der Entwicklungsländer von schätzungsweise 2,5% bliebe nur die Hälfte der angestrebten Wachstumsrate für eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens und eine Vermehrung der für den wachsenden Investitionsbedarf zur Verfügung stehenden Mittel übrig. Dieses Ziel kann kaum als zu ehrgeizig angesehen werden.

Komplizierter ist die Lage im Hinblick auf die Übertragung von 1% des Bruttosozialprodukts der Industriestaaten an die Vielzahl der Entwicklungsländer. Dieses eine Prozent umfaßt sowohl staatliche Hilfen als auch Privatinvestitionen, die nicht der Kontrolle durch die Regierung unterliegen. Dieses Ziel von

einem Prozent wurde bisher nicht erreicht, und den „reichen“ Ländern wird vorgeworfen, ihren Beitrag nicht geleistet zu haben. Auf der Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen, die vergangenen Sommer in Genf stattfand, wies Generalsekretär U Thant darauf hin, daß gleichzeitig mit den beträchtlich wachsenden Volkseinkommen in den entwickelten Gebieten der Welt die finanzielle Hilfe für die Entwicklungsländer gesunken sei. Das führe zu dem Ergebnis, daß „die Übertragung von Ressourcen von reichen an die armen Länder im Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit dieser Länder abgenommen hat“. Mit diesen unmißverständlichen Bemerkungen hat der Generalsekretär zweifellos die vorherrschende Meinung derjenigen Kreise wiedergegeben, die die Entwicklungsländer repräsentieren.

90 MRD. DOLLAR ENTWICKLUNGSHILFE

Nichtsdestoweniger sind den Entwicklungsländern während der letzten zehn Jahre hohe Kapitalbeträge — auch in Form von Schenkungen — von staatlicher und privater Seite zur Verfügung gestellt worden. Der gesamte Nettobetrag der von den marktwirtschaftlich organisierten Industrieländern in die Entwicklungsländer geflossenen Mittel wird für die Jahre 1956 bis 1964 vom UN-Department of Economic and Social Affairs auf 62,6 Mrd. \$ geschätzt. Sie wurden von staatlicher oder privater Seite bilateral oder durch multilateral arbeitende Stellen vergeben. Der Gesamtbetrag für 1965 übersteigt 10 Mrd. \$ und erhöht damit die Gesamtsumme für die zehn Jahre von 1956 bis 1965 auf etwa 73 Mrd. \$. Obgleich für 1966 noch keine Zahlen vorliegen, darf angenommen werden, daß weitere 10 Mrd. \$ dieser Gesamtsumme hinzugefügt worden sind. Nach Zusammenstellungen der UN entsprechen die Verbindlichkeiten aus bilateraler Wirtschaftshilfe, die den Entwicklungsländern von den Ostblockstaaten in den Jahren 1955 bis 1964 gegeben wurde, einem Gegenwert von 6,03 Mrd. \$. Hieran war die Sowjetunion mit 62% beteiligt. Damit erhöht sich der Gesamtbetrag an staatlicher und privater Hilfe, die bilateral und multilateral von den westlichen und östlichen Industrienationen an die Entwicklungsländer geleistet wurde, für die Zeitspanne von Mitte der 50er Jahre bis Ende der 60er Jahre auf annähernd 90 Mrd. \$.

Der Ausschuß für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD, in dem die „westlichen“, „industrialisierten“ oder „reichen“ Länder fast vollständig vertreten sind, gab für 1964 und 1965 die folgende Zusammenstellung der den Entwicklungsgebieten von seinen Mitgliedsländern zur Verfügung gestellten Mittel.

*) Aus dem Amerikanischen übersetzt von Hubert Höping.

DAC-Kapital für die Entwicklungsländer

(in Mill. \$)

Land	Insgesamt		staatlich		privat	
	1964	1965	1964	1965	1964	1965
Belgien	177	241	84	121	93	120
Frankreich	1382	1319	831	757	550	562
Deutschland	691	705	422	427	268	278
Italien	242	250	54	66	188	184
Niederlande	128	224	48	60	80	164
EWG insgesamt	2619	2738	1440	1431	1179	1308
Großbritannien	908	923	493	480	415	443
USA	4760	5514	3463	3766	1297	1748
Andere 1)	796	975	487	604	309	371
DAC insgesamt	9083	10 150	5883	6281	3200	3870

1) Andere DAC-Mitglieder sind Australien, Österreich, Kanada, Dänemark, Japan, Norwegen, Portugal, Schweden und die EWG-Kommission.

Auf Grund von Abrundungen ergibt eine Addition der einzelnen Posten nicht immer die genaue Endsumme.

Die Aufgliederung nach staatlichen und privaten Quellen macht deutlich, wo der Strom der zur Verfügung gestellten Mittel hinter den Erwartungen zurückbleibt. In dem Zeitraum 1964/65 stellten die Regierungen 63 % der in die Entwicklungsländer überwiesenen finanziellen Mittel, während das private Kapital wenig mehr als ein Drittel ausmachte. Der Anteil des Privatkapitals an den insgesamt zur Verfügung gestellten Mitteln betrug in der EWG 46 %, in den USA dagegen nur 34 %. Alles in allem stellten die USA 1964 und 1965 53 % des gesamten Kapitalstroms, der von den DAC-Staaten in die Entwicklungsländer floß, wobei das massive Auslandshilfeprogramm der amerikanischen Regierung 59 % der gesamten geleisteten Hilfe des DAC ausmachte. Der Anteil des amerikanischen Privatkapitals betrug aber nur 43 % der gesamten Privatinvestitionen des DAC. Das heißt also, daß das Privatkapital, insbesondere das amerikanische, nicht den Zielen entsprach, die in der UN-Resolution für das Entwicklungsjahrzehnt vorgesehen waren.

UNGUNSTIGES INVESTITIONSKLIMA IN DER ENTWICKLUNGSWELT

Die Gründe für diese zurückhaltende Einstellung des Privatkapitals gegenüber den Entwicklungsländern sind offensichtlich: politische Unsicherheit, wirtschaftlicher Nationalismus, sozialistische Tendenzen, verbunden mit zweifelhaften Kompensationsaussichten und Transferierungsproblemen, die sich sowohl auf das investierte Kapital als auch auf Gewinne negativ auswirken. Wenige Regierungen in Entwicklungsländern können als stabil angesehen werden, andere wiederum können ihre Wirtschaftspolitik ändern. Wirtschaftlicher Nationalismus schreckt private Auslandsinvestitionen selbst in Entwicklungsländern mit starker westlicher Orientierung ab. Fast ohne Ausnahme werden Auslandsinvestitionen auf Projekte beschränkt, die die örtlichen technischen und finanziellen Möglichkeiten übersteigen, während alt-etablierte ausländische Firmen aus Bereichen verdrängt wurden, die so fortge-

schrritten waren, daß die Einheimischen sie übernehmen konnten. An sich mag das ganz berechtigt sein, ist aber der Investitionsbereitschaft des Auslandes nicht förderlich. Immer besteht das Risiko, daß Investitionen, die heute willkommen sind, für eine Verstaatlichung oder Übertragung an Staatsangehörige des betreffenden Landes „reif“ werden, sobald diese mit der Führung solcher Betriebe vertraut sind. Dieser Trend wurde vor einigen Jahren von dem Ministerpräsidenten des westlich orientierten Nigeria, Abubakar Tafawa Balewa, kurz vor seinem Sturz und seiner Ermordung im Januar 1965 offen zum Ausdruck gebracht. Als er sich gegen radikal-nationale Tendenzen innerhalb des Parlaments äußerte, betonte er die weitere Notwendigkeit ausländischen Kapitals im „produktiven Bereich“. Aber selbst in diesem Bereich schloß er zukünftige Beschlagnahmungen nicht aus und konnte den ausländischen Investoren nur die Zusicherung geben, daß er „ihnen rechtzeitig Bescheid geben würde“.

Angesichts der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Risiken fand eine starke Zunahme privater Auslandsinvestitionen in die Entwicklungsländer, wie man sie sich in der UN-Resolution vorstellte, nicht statt. Trotz „freiwilliger Beschränkungen“ liegen die amerikanischen Privatinvestitionen in Westeuropa gegenwärtig mehr als doppelt so hoch als diejenigen in den Entwicklungsländern. Sie beschränken sich dort weitgehend auf Erdölförderung und Bergbauvorhaben. Die Unvereinbarkeit von wirtschaftlichem Nationalismus oder Sozialismus mit der Aufrechterhaltung von Bedingungen, die für massive Privatinvestitionen des Auslands attraktiv sind, bleibt häufig unbeachtet.

STEIGENDE AUSLANDSVERSCHULDUNG

Während man den reichen Industriestaaten vorwarf, daß sie nicht die Mittel zur Verfügung stellten, die ihren potentiellen Möglichkeiten und den Aufgaben der Entwicklungsländer angemessen waren, wurde die Aufmerksamkeit auf die alarmierende Gefahr der stark ansteigenden Verschuldung der Entwicklungsländer gelenkt. Nach einer Schätzung der Weltbank stieg die staatliche oder staatlich garantierte Verschuldung der Entwicklungsländer von 9 Mrd. \$ im Jahre 1955 auf nicht weniger als 33 Mrd. \$ im Jahre 1964. Rechnet man die Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds, private Schulden und Schuldverpflichtungen aus dem Handelsverkehr hinzu, so würde sich diese Schätzung auf 38 Mrd. \$ erhöhen. Ende 1966 dürfte diese Summe die Höhe von 50 Mrd. \$ erreicht haben. Der jährliche Schuldendienst der Entwicklungsländer erreichte 1965 etwa 4 Mrd. \$ und steigt weiter an. Schuldendienstzahlungen, die Mitte der 50er Jahre nur 4 % der Exporterlöse der Entwicklungsländer ausmachten, umfaßten 1964 nicht weniger als 12 %. Dazu kommen Dividendenzahlungen und Gewinne aus direkten Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern, die gegenwärtig etwa 10 % ihrer Exporterlöse ausmachen. Man muß aber beachten, daß es

sich hier um Durchschnittszahlen handelt. Inbegriffen sind die wichtigsten Oiausfuhrländer, von denen die meisten keine Auslandsverschuldung aufweisen. Viele Entwicklungsländer tragen eine höhere Last an Verpflichtungen aus dem Schuldendienst, als die Durchschnittswerte in Prozent der Exporterlöse angeben. Man schätzt, daß gegenwärtig mehr als die Hälfte des Brutto-Zustroms finanzieller Mittel in die Entwicklungsländer durch Schuldendienstzahlungen und Abflüsse aus Gewinnen und Dividenden aufgewogen wird. Das bedeutet, daß mehr als die Hälfte der gegenwärtigen Auslandshilfe und Investitionen dafür benötigt wird, die Verpflichtungen aus früheren Krediten und Investitionen zu finanzieren.

Diese beunruhigenden Zahlen zeigen, daß die Fähigkeit der Entwicklungsländer, Schulden — hauptsächlich im Ausland — einzugehen, begrenzt ist. Man kann sich ausrechnen, daß sich innerhalb der nächsten zehn Jahre die Auslandsverschuldung durch den fortgesetzten Zufluß finanzieller Mittel soweit erhöhen wird, daß der gesamte laufende Zugang vom Schuldendienst beansprucht wird und nichts für Entwicklungsvorhaben übrigbleibt. Eine wesentliche Erhöhung der finanziellen Hilfe würde im Augenblick die Lage zwar erleichtern, andererseits aber die Probleme aus der ansteigenden Verschuldung verschlimmern. Obwohl man es heute aus naheliegenden Gründen niemals erwähnt, wird man eines Tages den sich buhmäßig akkumulierenden Entwicklungsanleihen und Krediten nüchtern ins Auge sehen müssen (wenigstens soweit es sich um bilaterale öffentliche Anleihen und Kredite handelt). Langfristig würde eine immer stärker ansteigende unübersehbare Hilfe des Auslands erforderlich werden, nur um die Entwicklungsländer vor einer Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen aus früheren Schuldenaufnahmen zu bewahren.

UNZULANGLICHE EXPORTKAPAZITÄT UND UNGUNSTIGE TERMS OF TRADE

Die Wurzel der Schwierigkeiten liegt in der ungünstigen Außenhandelsentwicklung der Entwicklungsländer, die sich aus ihrer begrenzten Exportkapazität und den sich verschlechternden terms of trade ergibt. Nach Zusammenstellungen des Statistischen Amtes der UN¹⁾ stiegen die Exporte der Industriestaaten um 140 % von 50,7 Mrd. \$ im Jahre 1954 auf 121,5 Mrd. \$ 1965. Im gleichen Zeitraum wuchsen die Exporte der Entwicklungsländer nur um 57 % von 21,4 Mrd. \$ auf 33,6 Mrd. \$. Somit stiegen die Exporte der Industriestaaten zweieinhalbmal so schnell wie diejenigen der Entwicklungsländer. Diese Zahlen spiegeln die Tatsache wider, daß sich die Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsgebieten im Hinblick auf ihre Exportkapazität ständig vertieft. Der Anteil der Entwicklungsländer an den Gesamtexporten fiel von 29,7 % 1954 auf 21,7 % im Jahre 1965.

1) UN Monthly Bulletin of Statistics, November 1966, Sondertabelle 5, S. XXI—XXIV.

Mengenmäßig betrachtet bietet sich ein anderes Bild. Während im Zeitraum zwischen 1954 und 1965 die Exporte der entwickelten Staaten wertmäßig zweieinhalbmal so schnell stiegen wie diejenigen der Entwicklungsländer, wuchsen sie mengenmäßig weniger als zweimal so schnell. Dieser auffallende Widerspruch zwischen wertmäßigem und mengenmäßigem Export erklärt sich aus den divergierenden Preistendenzen bei den Exportprodukten dieser beiden Ländergruppen, mit anderen Worten aus der Verschlechterung der terms of trade.

Die statistische Außenhandelsanalyse der UN enthüllt die ungünstigen Preistendenzen, die die Exporterlöse der Entwicklungsländer schmälerten, während die Exportwerte der entwickelten Gebiete durch steigende Preise in die Höhe getrieben wurden. Der Preisindex der Exporte der Industriestaaten (1958 = 100) stieg von 97 im Jahre 1954 auf 105 im Jahre 1965, während der gleiche Index für die Ausfuhr der Entwicklungsgebiete eine genau umgekehrte Tendenz aufweist: er fiel zwischen 1954 und 1965 von 105 auf 97. Die wichtigsten Außenhandelsgüter sind bei den Industriestaaten Maschinen und bei den Entwicklungsländern Öl. Für beide Güter trat zwischen 1954 und 1965 eine Verdoppelung der Ausfuhr ein, und beide erreichten 1965 einen Exportwert von 10 bis 11 Mrd. \$. Aber bei der Ausfuhr von Maschinen stieg zwischen 1954 und 1965 der Wert je Einheit von 88 auf 108, während er bei der Mineralölausfuhr von 94 auf 85 fiel. Die grundsätzlich schwache Ausfuhrposition der Entwicklungsländer wurde durch die rückläufigen Preise ihrer Hauptexportprodukte noch mehr erschüttert.

DAS LANDWIRTSCHAFTLICHE HANDICAP

Das langsame Wachstum der Agrarproduktion ist das enttäuschendste Merkmal der wirtschaftlichen Leistung der Entwicklungsländer. Da 70 bis 80 % ihrer Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, wurden dichtbevölkerte Entwicklungsländer immer mehr von Nahrungsmittellieferungen der Industriestaaten, insbesondere der USA, abhängig. Die Nahrungsmittelproduktion hält mit dem schnellen Bevölkerungszuwachs von etwa 2,5 % jährlich kaum Schritt. Nach Berechnungen der UN Food and Agriculture Organization würde der erwartete Bevölkerungszuwachs von gegenwärtig 3,3 Mrd. auf etwa 6 Mrd. Menschen Ende des Jahrhunderts eine beinahe verdoppelte Nahrungsmittelversorgung erforderlich machen. Bis zum Jahre 2000 werden die schlecht versorgten Entwicklungsländer mit 80 % der Weltbevölkerung überfüllt sein. Diese Bevölkerungsexplosion und die notwendige Verbesserung der Ernährung erfordern eine Vervielfachung der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern. Die Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion erweist sich für die Entwicklungsländer als eines der schwierigsten Probleme. Die geeigneten Methoden und Techniken sind in der westlichen Welt bekannt und längst eingeführt. Aber es ist außerordentlich

schwierig, Konservatismus, Apathie, Ignoranz und Aberglauben unwissender Bauern zu überwinden, die an eine gerade den Lebensunterhalt deckende primitive Bewirtschaftung ihrer Höfe gewöhnt sind. Abgesehen von diesem menschlichen Beharrungsvermögen erfordert eine Modernisierung der Landwirtschaft riesige Investitionen, zu denen die Bauern nichts beitragen können. Die Verbesserung einer subtropischen oder tropischen Landwirtschaft bereitet mehr Schwierigkeiten als die Verbesserung der Agrarwirtschaft in gemäßigten Zonen mit reichlichen Niederschlägen und gesünderen Wachstumsbedingungen. Be- und Entwässerungsprojekte sind äußerst kostspielig und können nur über lange Zeiträume hinweg durchgeführt werden. In Zonen mit heißem Klima sind Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschädlinge weiter verbreitet und virulenter und erfordern teure chemische Gegenmaßnahmen. Der für Afrika zuständige wirtschaftliche Berater der Weltbank, Andrew M. Kamarck, sagt, daß, wenn immer es der Mensch unternimmt, irgendeine bestimmte Pflanzenart in einem weiträumigen Gebiet anzubauen, die Annahme mehr als berechtigt ist, daß mindestens ein bereits existierender oder potentieller Feind dieser Pflanze vorhanden ist. „Der angreifende Feind kann eine Mikrobe, ein Virus, ein Insekt, ein Säugetier, ein Vogel oder sogar eine andere Pflanze sein. Die Verteidigung gegen derartige Angriffe muß deshalb ein wichtiger Bestandteil jeder bedeutenderen Neuerung in der tropischen Landwirtschaft sein. Afrika ist übersät mit Ruinen von Projekten, die diesen Faktor nicht in Rechnung stellten.“²⁾

Obwohl auf einigen Gebieten und in einigen Regionen Fortschritte erzielt wurden, ist das Gesamtbild in der Landwirtschaft der Entwicklungswelt ziemlich düster. Die Nahrungsmittelsituation Indiens mit seinen 500 Mill. Menschen ist Gegenstand ernster internationaler Besorgnis. Das indische Nahrungsmitteldefizit wächst von Jahr zu Jahr. Die Mißernten der letzten zwei Jahre steigerten dieses Defizit auf jährlich 10 bis 12 Mill. t Weizen. In den Jahren 1965/66 deckten die USA dieses Defizit aus ihren Überschußvorräten, die sich jedoch jetzt durch die umfangreichen Lieferungen an Indien und andere Entwicklungsländer nach dem „Food for Peace“-Programm erschöpfen. Die Nahrungsmittellieferungen allein an Indien beanspruchten fast ein Drittel einer jährlichen Weizenernte der USA. Amerikanische Experten berechneten, daß bei der gegenwärtigen Wachstumsrate der indischen Bevölkerung und Agrarproduktion die Nahrungsmittelknappheit des Landes in den nächsten zehn Jahren derartige Ausmaße annehmen wird, daß die gesamte amerikanische Weizenernte benötigt wird, um das Defizit zu decken. Angesichts der erschöpften amerikanischen Vorräte ist nun die amerikanische Regierung im Hinblick auf die Nahrungsmittelhilfe an Indien zurückhaltender geworden und drängt auf eine internationale Aktion, wobei

sie von Indiens Regierung gleichzeitig mehr Selbsthilfe verlangt, um die drohende Katastrophe zu verhindern.

Der Jahresbericht 1964/65 der für Afrika zuständigen Wirtschaftskommission der UN stellte die unbefriedigende Leistung des Agrarsektors der Beschleunigung auf anderen Gebieten der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas gegenüber. Mit Ausnahme der Südafrikanischen Union bleibt das Wachstum der Agrarproduktion klein und „kaum wahrnehmbar“. Der Bericht zeigt, daß diese Feststellung nicht nur für den afrikanischen Kontinent gilt. In einer anderen Arbeit derselben Kommission wird die Lage der afrikanischen Landwirtschaft als „anhaltend ungünstig“ beschrieben. Der Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion ist hinter dem Bevölkerungszuwachs zurückgeblieben, und die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf der Bevölkerung liegt sehr wahrscheinlich unter dem Vorkriegsstand. René Dumont vom Institut National Agronomique, Paris, der von der für Afrika zuständigen Wirtschaftskommission der UN beauftragt wurde, eine besondere Untersuchung der afrikanischen Wirtschaftsentwicklung durchzuführen, kam im Hinblick auf die stagnierende oder sinkende Nahrungsmittelproduktion pro Kopf der Bevölkerung zu alarmierenden Schlußfolgerungen, die, wie er betont, nicht nur auf Afrika beschränkt sind, da ähnliche Bedingungen in Asien und Südamerika existieren. Die Investitionen in der Landwirtschaft sind „gänzlich unzureichend“. Die Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern „vertieft sich jedes Jahr in beispiellosem Ausmaße... Falls diese Kluft sich weiterhin vertieft, wird dies zu einer katastrophalen Wirtschafts- und Nahrungsmittelsituation und damit zu einer explosiven politischen Lage führen.“

Der unbefriedigende Stand der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist nicht nur ein Problem der Nahrungsmittelversorgung, sondern ein Hindernis für den gesamten Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung. Alle Entwicklungsländer sind immer noch ganz überwiegend landwirtschaftlich ausgerichtet. Rückständigkeit und Unproduktivität der Landwirtschaft betreffen die Masse der Bevölkerung, die vom Marktgeschehen ausgeschlossen und ohne die Möglichkeit bleibt, zu kaufen, zu investieren und zu verbrauchen. Das Brutto-sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung betrug 1965 in den Entwicklungsländern nicht mehr als 160 \$ jährlich, d. h. es betrug weniger als ein Zehntel desjenigen der entwickelten Länder, das sich auf 1950 \$ belief.³⁾ Dieser Durchschnitt von 160 \$ schließt die ölreichen Länder sowie die wohlhabenderen Stadtgebiete der verschiedenen Länder mit ihren Verwaltungen, mit den Handels- und ausländischen Niederlassungen ein. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der ländlichen Bevölkerung beträgt wahrscheinlich nicht mehr als ein Drittel des Gesamtdurchschnitts von 160 \$. Ein der-

²⁾ Andrew M. Kamarck: Some Problems of African Development. In: Finance and Development (vierteljährliche Veröffentlichung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank), September 1954, S. 109.

³⁾ Vgl. Proposed Economic Assistance Programs Fiscal Year 1967, Summary Presentation to Congress, Agency for International Development, US Government Printing Office, Washington, DC, März 1966, S. 232.

artig niedriges Pro-Kopf-Einkommen demonstriert den Zustand der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern.

ERSCHWERENDE FAKTOREN

Die Situation wird durch andere nachteilige Faktoren weiter kompliziert. Zusätzlich zu der begrenzten Exportkapazität, den ungünstigen terms of trade und den Schuldendienstverpflichtungen werden die Zahlungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer durch große Defizite bei den Dienstleistungen und privaten Zahlungsüberweisungen erschwert. Eine Zusammenstellung der Zahlungsbilanzen von 49 Grundstoffe produzierenden Ländern Lateinamerikas, Asiens, des Nahen und Mittleren Ostens und Afrikas zeigt bei den eben erwähnten Positionen ein Defizit von nicht weniger als 4,7 Mrd. \$ im Jahre 1965. Dieses Defizit resultiert aus Seetransporten, dem Versicherungs- und Bankwesen und anderen Dienstleistungen; aber auch private Ausgaben von Staatsangehörigen dieser Länder im Ausland und die Überweisung privater Mittel ins sichere Ausland, die aus Furcht vor Inflation, Devisenbeschränkungen, Enteignungen u. a. vorgenommen wird, leisten ihren Beitrag zu dieser Entwicklung. Als einen Versuch, die Lage armer Länder zu verbessern, bestimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Jahr 1967 zum Jahr des Internationalen Tourismus, um den Fremdenverkehr insbesondere der Entwicklungsländer zu fördern, da er ein immer wichtiger werdendes Mittel für den Erwerb von Devisen darstellt. Bisher jedoch gingen 80 % dieser Einnahmen an Europa und Nordamerika, den verbleibenden Rest von 20 % teilen sich die übrigen Länder der Welt. Für viele europäische Länder ist der Tourismus zu einer wichtigen Devisenquelle geworden, während bei den meisten Entwicklungsländern die Ausgaben ihrer Staatsangehörigen für Auslandsreisen ihre Einkünfte aus dem Fremdenverkehr bei weitem übertreffen. Reisende aus allen Teilen der Entwicklungswelt strömen nach Europa und Amerika, um ihre Geschäfte abzuwickeln, an Konferenzen teilzunehmen, zu studieren, sich zu erholen oder aus anderen Gründen, während sich nur wenige der Millionen westlicher Touristen über das Mittelmeer oder die Küsten und Inseln des Karibischen Meeres hinauswagen, um sich zu erholen. Auch in dieser Hinsicht befinden sich die Entwicklungsländer in einer ungünstigen Position.

Am beunruhigendsten ist die paradoxe Abwanderung von Angehörigen der Intelligenzschicht („brain-drain“) aus den Entwicklungsländern, obwohl diese einen ungeheuren Bedarf an akademisch geschulten Geistesarbeitern haben. Aus allen Entwicklungsländern strömen Studenten an die europäischen und amerikanischen Hochschulen. Nachdem sie ihre Studien mit einem erheblichen Kostenaufwand für ihre Heimatländer abgeschlossen haben, ziehen es viele dieser Studenten vor, in den fortgeschrittenen Ländern zu bleiben, die attraktivere Lebensbedingungen und berufliche Mög-

lichkeiten bieten als die rückständige Heimat. Die Gastländer ermutigen diese Zuwanderung gewiß nicht, die die Entwicklungsländer ihrer so sehr benötigten Fachkräfte und Talente beraubt.

Noch ein weiterer Faktor hat einen lähmenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung. Berichte und Untersuchungen der UN und anderer internationaler Institutionen vermeiden es gewöhnlich, die Entwicklungsländer zu sehr für ihre Unzulänglichkeiten und Nöte zu tadeln. Tatsache ist jedoch, daß heimisches Kapital weitgehend in Handel und Immobilien investiert wird und daß man vor den Risiken und Schwierigkeiten industrieller Unternehmungen zurückschaut. Der Geist individuellen Unternehmertums ist in den Entwicklungsländern wenig verbreitet. Während sich die Investitionsneigungen der älteren Generation wohlhabender Familien auf herkömmliche Investitionsmöglichkeiten richten, zeigt die jüngere und gebildete Generation eine starke Vorliebe für den Staatsdienst, anstatt aus eigener Initiative den Fortschritt zu fördern. Selbst mit einem Maximum von Auslandshilfe können Länder ohne eine genügend starke aktive Teilnahme eigener dynamischer Kräfte nicht erfolgreich entwickelt werden.

GIBT ES EINE LÖSUNG?

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Aussichten der Entwicklungsländer gering sind, eine weitere Vertiefung der Kluft, die sie von den Industriestaaten trennt, zu verhindern — geschweige denn den Abstand zu diesen Ländern zu verringern. Der Bericht zur sozialen Situation der Welt im Jahr 1965, der kürzlich von der UN veröffentlicht wurde, gibt ohne Umschweife zu, daß „verglichen mit früheren Hoffnungen und Erwartungen die Entwicklungsbemühungen ein Fehlschlag waren, wenn auch kein völliger Fehlschlag“. Das, so fährt der Bericht fort, ist vielleicht eine Folge zu übertriebener und unrealistischer Erwartungen. Aber hauptsächlich stellt er die Frage, ob die Entwicklungsbemühungen, sowohl national als auch international, ausreichend gewesen sind und die richtige Richtung eingeschlagen haben. Die Antwort auf diese Frage scheint zu lauten, daß die Schwierigkeiten der grundsätzlichen Probleme, denen sich die Entwicklungsländer gegenübersehen, sehr stark unterschätzt wurden, ganz besonders, was den Zeitplan angeht, bei dem man mehr in Generationen als in Jahrzehnten rechnen muß; daß die Bemühungen auf nationaler Ebene, die weitgehend auf die Tätigkeit des Staates beschränkt bleiben, zu schwerfällig waren und daß die internationalen Bemühungen, so eindrucksvoll sie auch sind, nicht den maximalen Umfang erreichten.

Der Präsident der Weltbank, George D. Woods, unterstrich im letzten Sommer in einer Ansprache an den OECD-Ausschuß für Entwicklungshilfe das Urteil der Weltbank, daß die Entwicklungsländer für die 60er Jahre effektiv eine um 3 bis 4 Mrd. \$ höhere jährliche finanzielle Hilfe für ihre Entwicklung brauchen

könnten, als sie jetzt erhalten. Diese Schätzung ist sicherlich richtig, aber es scheint zweifelhaft, ob dieser Differenzbetrag die Aussichten entscheidend verändern würde. Auf alle Fälle sollte der Gedanke aufgegeben werden, daß Entwicklungshilfe in großem Umfang aus rückzahlbaren Krediten mit einer vergleichsweise hohen Verzinsung bestehen könne. Soweit es sich um staatliche Hilfe handelt, sollte sie im Haushalt als Ausgabe verbucht werden, die im besten Falle eine etwa 1%ige Verzinsung bringt, ohne daß man mit einer Rückzahlung des Kapitals rechnet. Andernfalls finanzieren die Geberländer lediglich die Illusionen einer Hilfeleistung zu Kreditbedingungen, anstatt die Entwicklung zu finanzieren.

Weitreichender als eine Steigerung der Entwicklungsfinanzierung sind die Bestrebungen der UN Conference on Trade and Development (UNCTAD) unter ihrem aktiven Generalsekretär Raúl Prebisch. Unter dem Schlagwort „trade not aid“ zielen sie auf eine Anpassung des gesamten Welthandels und der Wirtschaftspolitik an die Bedürfnisse der Entwicklungsländer ab, ganz besonders auf ihre industrielle Entwicklung zu Produktionszentren für die Märkte der alleingeführten Industrieländer — wenigstens soll das für eine breite Skala von Konsumgütern gelten. Zollfreie Einfuhren sollen die europäischen und nordamerikanischen Märkte für neue Industrien in Ländern mit niedrigem Lohnniveau öffnen. Diese Industrialisierung ist natürlich ohne das Zusammenwirken von europäischem und amerikanischem Kapital, technischem Know-how sowie amerikanisch-europäischer Erfahrung unmöglich. Folgt man dieser Idee, so wird strenggenommen die westliche Industrie aufgefordert, sich in den Entwicklungsländern niederzulassen und ihre Heimatmärkte von dort aus zu beliefern. Falls sich dieser Gedanke als praktikabel erweisen und in großem Maßstabe verwirklichen lassen sollte, könnte eine derartige industrielle Verlagerung tatsächlich wesentlich zu einer Industrialisierung der Entwicklungsländer beitragen, deren eigene Märkte und Kaufkraft für eine massive Industrialisierung viel zu klein sind. Es erscheint jedoch äußerst zweifelhaft, daß Regierungen, Parlamente und öffentliche Meinung der Industriestaaten bei solchen Plänen mitmachen werden, die ihren eigenen Wohlstand gefährden. Unter dem von der UNCTAD ausgeübten Druck neigen die westlichen Regierungen dazu, in dieser Richtung Zugeständnisse zu machen. Aber mit begrenzten Zugeständnissen, so wünschenswert sie auch sind, wird nicht allzuviel erreicht werden. Das Beste, das für die Entwicklungsländer erwartet werden kann, ist ein langsamer Fortschritt, der mit

dem Bevölkerungszuwachs Schritt hält und eine Marge für einen bescheidenen Anstieg des Lebensstandards und diejenige Kapitalbildung läßt, die für eine Inganghaltung dieses langsamen Fortschritts benötigt wird. Alle nationalen und internationalen Bemühungen werden notwendig sein, um diese bescheidenen Ziele zu erreichen; Auslandshilfe wird für einen unabsehbaren Zeitraum benötigt werden. Ein „Entwicklungswettrennen“ mit den Industriestaaten, um eine langsame Verringerung der bestehenden Kluft zu erreichen, ist eine unrealistische Konzeption. Die Industriestaaten mit ihrem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1950 \$ im Jahre 1964 haben ein Investitionspotential, das dem, was die Entwicklungsländer mit ihrem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 160 \$ jährlich mobilisieren können, unvergleichlich überlegen ist. Mit einer jährlichen Investitionsrate von 15 % des Volkseinkommens ist die Pro-Kopf-Investitionskapazität der entwickelten Länder etwa doppelt so hoch wie das gesamte Pro-Kopf-Einkommen der Entwicklungsländer. Mit ihrem geringen Pro-Kopf-Investitionspotential müssen die Entwicklungsländer in fast jeder Hinsicht am Nullpunkt beginnen.

Die hartnäckige Vertiefung der Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern birgt eine brisante Ladung sozialer und politischer Gefahren in sich, die die ganze Welt erschüttern können. Noch explosiver als der Bevölkerungszuwachs insgesamt ist die Überschubbevölkerung in den Großstädten, die eine Folge des natürlichen Bevölkerungswachstums und der Massenlandflucht der Bauern auf der Suche nach Arbeit und besserem Lebensstandard ist. Diese Abwanderung wird mit der fortschreitenden Modernisierung der Landwirtschaft zunehmen, deren Ziel es ist, mit weniger Arbeitskräften eine höhere Produktion zu erreichen. In Südamerika wächst die städtische Bevölkerung um jährlich 5 % an, während der ländliche Bevölkerungszuwachs nicht mehr als 1,5 % beträgt. Übervölkerte Länder sind in zunehmendem Maße von akuter Nahrungsmittelknappheit und Massenarbeitslosigkeit bedroht. Diese Verschlechterung der Lage kann sozialistische Tendenzen bei den Versuchen stärken, die Probleme durch zentrale Steuerung zu meistern, obwohl die in manchen Ländern gemachten Erfahrungen zeigen, daß eine unsachgemäße Handhabung der staatlichen Lenkung die wirtschaftlichen Bedingungen sogar verschlechtern kann. Auf alle Fälle kann man der Tatsache nicht enttrinnen, daß die Kluft zwischen Nord und Süd mit all ihren Teilproblemen als beherrschender Faktor der Weltpolitik in den kommenden Jahrzehnten den Ost-West-Konflikt überrunden wird.